Internationales Zivilverfahrensrecht

Schack

8., neu bearbeitete Auflage 2021 ISBN 978-3-406-76626-8 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schack

Internationales Zivilverfahrensrecht





Internationales Zivilverfahrensrecht

mit internationalem Insolvenzrecht und Schiedsverfahrensrecht

von

Dr. Haimo Schack





Zitiervorschlag: Schack IntZivilVerfR Rn....



www.beck.de

ISBN 9783406766268

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH, Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nach 30 Jahren stürmischer Entwicklung des Europäischen und Internationalen Zivilverfahrensrechts ist mein Lehrbuch aus der Reihe der "Kurz-Lehrbücher" endgültig herausgewachsen. Die Aufnahme in die Reihe der Großen Lehrbücher lockert den Drang zu größtmöglicher Kürze. Die Hinweise auf in- und ausländische Rechtsprechung und Literatur habe ich weiter verstärkt, die Prägnanz und Meinungsfreude des Textes beibehalten. Die ausführlichen Gesetzes-, Entscheidungs- und Sachregister sollen insbesondere den Praktikern die schnelle Orientierung erleichtern.

Die Regeln des autonomen IZVR der Mitgliedstaaten werden immer weiter zurückgedrängt, durch die vielen EU-Verordnungen zur justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (Art. 81 AEUV) wie durch die überbordende Rechtsprechung des EuGH zu mehr oder weniger zentralen Auslegungsfragen. Mit dem Brexit wird im Verhältnis zum Vereinigten Königreich das Rad um 50 Jahre zurückgedreht. Ob Staatsverträge wie das HGÜ und das neue Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen vom 2.7.2019 (HAVÜ) die Lücke werden füllen können, ist sehr fraglich.

Auch diesen aktuellen Entwicklungen trägt die Neuauflage Rechnung. Die Arbeit befindet sich auf dem Stand der Ende September 2020 verfügbaren Literatur. Für diese Auflage sind die Randzahlen neu durchnummeriert worden. Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wie immer sehr willkommen. Allen Lesern, Kollegen, Studierenden und Praktikern, wünsche ich, dass sie sich von der so anspruchsvollen wie reichhaltigen Materie faszinieren lassen und dieses Buch mit Freude und Gewinn durcharbeiten. Dem Prozessrechtsvergleicher sei überdies meine Einführung in das US-amerikanische Zivilprozessrecht, 5. Aufl. 2020, empfohlen.

Kiel, im September 2020

Haimo Schack

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1991)

Das Internationale Zivilverfahrensrecht hat sich in den letzten Jahren zu einem eigenständigen, schnell wachsenden Rechtsgebiet entwickelt, das sich längst nicht mehr als bloßer Anhang in einem IPR-Lehrbuch angemessen darstellen lässt. Die prozessentscheidenden Weichen sind lange gestellt, bevor die Kollisionsregeln des IPR eingreifen. Ihnen vorgeschaltet sind etwa die Regeln über die völkerrechtlichen Grenzen der Gerichtsgewalt, die internationale Zuständigkeit, die internationale Rechtshilfe bei Zustellungen und Beweisaufnahmen. Und wie viel ein erstrittenes Urteil oder ein Schiedsspruch wert ist, zeigt sich häufig erst bei seiner Anerkennung und Vollstreckung im Ausland.

Die vorliegende Darstellung richtet sich gleichermaßen an Studenten und Praktiker, die immer häufiger mit Verfahren konfrontiert werden, die ausländische Elemente aufweisen. Über die Bestandsaufnahme des geltenden Rechts hinaus möchte das Lehrbuch zum Mit-, Nach- und Weiterdenken der vielen noch ungelösten Probleme auffordern. Ich hoffe, die Lebendigkeit der Sprache und des Inhalts entschädigt den Leser für die unvermeidliche relative Länge dieses Kurzlehrbuchs.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die (Prozess)Rechtsvergleichung, die nicht nur das Verständnis fördert, indem sie alternative Lösungen aufzeigt. Wichtig ist sie auch für den Anwalt, der die Vor- und Nachteile einer Gerichtsstandsvereinbarung oder einer Klage im Ausland abwägen muss, will er seinen Mandanten optimal beraten.

Inhaltsübersicht

Vorw	ort	V	
Inhalt	tsverzeichnis	IΧ	
		XXI	
	iteraturverzeichnisXXX		
	1. Teil. Grundlagen		
§ 1.	Gegenstand, Bedeutung und Zielsetzung des IZVR	1	
§ 2.	Prinzipien	11	
§ 3.	Rechtsquellen	17	
§ 4.	Literatur	60	
§ 5.	Geschichte	65	
3 0.			
	2. Teil. Völkerrechtliche Grenzen der Gerichtsgewalt		
§ 6.	Gerichtsgewalt	69	
§ 7.	Gerichtsgewalt	85	
	DIE FACHDUCHHANDEU	III	
	3. Teil. Erkenntnisverfahren		
§ 8.	Internationale Zuständigkeit	91	
§ 9.	Gerichtsstandsvereinbarungen	201	
	Versagung internationaler Zuständigkeit	222	
	Streitgegenstandsbezogene Prozessvoraussetzungen	231	
	Ausländer als Verfahrensbeteiligte	236	
_	Zustellungen	257	
§ 14.	Ausländisches Recht im Prozess	273	
	Beweisrecht	288	
	Wirkung ausländischer Verfahren	319	
3	S		
	4. Teil. Anerkennung und Vollstreckung		
8 17	Anerkennung ausländischer Entscheidungen	335	
	Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel	391	
	Zwangsvollstreckung	404	
	Gläubigeranfechtung	415	
	Abänderung ausländischer Entscheidungen	418	
	Auswirkungen verweigerter Urteilsanerkennung	423	
y 44.	ruswirkungen verweigerter Ortensanerkennung	T 23	
		3711	

Inhaltsübersicht

5. Teil. Insolvenzrecht

§ 23. Grundlagen § 24. Deutsche Insolvenzverfahren § 25. Anwendbares Recht § 26. Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren § 27. Sonderinsolvenzverfahren im Inland	436 447 457
6. Teil. Schiedsgerichtsbarkeit	
§ 28. Grundlagen § 29. Schiedsvereinbarung § 30. Bildung des Schiedsgerichts § 31. Durchführung des Schiedsverfahrens § 32. Schiedsspruch § 33. Anerkennung ausländischer Schiedssprüche	491 506 510 521
Gesetzesregister Entscheidungsregister Sachverzeichnis DECK-S10D-	627
DIE FACHBUCHHANDI	UNC

Vorv	wort	V
	ıltsübersicht	VII
		XXI
	7	XIII
	1. Teil. Grundlagen	
§ 1.	Gegenstand, Bedeutung und Zielsetzung des IZVR	
	I. Gegenstand	1
	II. Bedeutung und Zielsetzung des IZVR	4
	III. Nachbargebiete	5
	1. Völkerrecht	6
	2. Internationales Privatrecht	7
	3. Rechtsvergleichung	8
	4. Interlokales Zivilverfahrensrecht	9
	IV. Rechtsangleichung	10
§ 2.	Prinzipien Prinzipien	
		11
	I. Gleichheit	13
	III. Lex fori	13
	IV. Qualifikation	16
	1. Zuordnung zum materiellen oder zum Prozessrecht	16
	2. Auslegung prozessualer Begriffe	16
	V. Parteiautonomie	17
§ 3.	Rechtsquellen	
	I. Übersicht	17
	1. Multilaterale Übereinkommen	18
	2. EU-Verordnungen und Richtlinien	22
	3. Bilaterale Abkommen	24
	4. Autonomes deutsches Recht	26
	II. Rangkonflikte	27
	III. Herkunft der Staatsverträge	28
	IV. Vom EWG-Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen zur	•
	EU-Verordnung	30
	1. Entstehung des GVÜ	32
	2. Auslegung	34
	a) Vorabentscheidung durch den EuGH	35 37
	b) Auslegungsmethoden	37 39
	Anwendungsbereich Drittstaatenproblematik	39 41
	T. Diffusiaacciipiobiciiatik	71
		IX

	5. Weitere Entwicklung innerhalb der EU	43
	a) Umformung des GVÜ in die EuGVOb) Erweiterung um Ehe- und Sorgerechtssachen durch die Eu-	44
	EheVO	48
	c) Zusätzliche Vollstreckungserleichterungen	49
	d) Pläne und bereits erreichte Ziele	51
	V. Das Parallelübereinkommen von Lugano	54
	VI. Haager weltweites Anerkennungsübereinkommen	56
	VII. Brexit	58
§ 4.	Literatur	60
§ 5.	Geschichte	65
	2. Teil. Völkerrechtliche Grenzen der Gerichtsgewalt	
§ 6.	Gerichtsgewalt	
_	I. Begriff und Grundlagen	69
	II. Exemtionen	71
	III. Exterritorialität	72
	IV. Staatenimmunität	73
	1. Organe	74
	2. Der Staat als Partei	75 76
	b) Immunität im Vollstreckungsverfahren	76 78
	3. Staatsunternehmen	79
	4. Zentralbanken	81
	V. Prozessuale Behandlung	82 83
	VII. NATO-Truppenstatut	83
c =	••	03
§ 7.	Internationale Rechtshilfe	
	I. Grundlagen	85
	II. Rechtsquellen III. Vertraglicher und vertragloser Rechtshilfeverkehr	87 88
	IV. Verfahren	89
	TV. VOLUME	0,
	3. Teil. Erkenntnisverfahren	
§ 8.	Internationale Zuständigkeit	
	I. Grundlagen	91
	1. Begriffe	91
	a) Direkte und indirekte Zuständigkeit	92
	b) Internationale und örtliche Zuständigkeit	92 94
	d) Fakultative und ausschließliche Zuständigkeiten	96

2. Zuständigkeitsinteressen	97
a) Parteiinteressen	97
b) Gerichtsinteressen	98
c) Staatsinteressen	98
d) Ordnungsinteressen	99
3. Wechselwirkungen von Zuständigkeit und anwendbarem Recht	100
4. Forum shopping	102
a) Begriff	102
b) Motive	103
c) Abwehrmöglichkeiten	105
II. Die gesetzlichen Zuständigkeiten im Einzelnen	106
1. Rechtsquellen	106
a) Staatsverträge	106
b) EU-Verordnungen	107
c) Autonomes deutsches Recht	107
d) Konkurrenzen	109
2. Allgemeiner Gerichtsstand	110
a) Natürliche Personen	110
b) Juristische Personen	112
3. Gerichtsstände für Vertragsstreitigkeiten	114
a) Überblick	115
h) Carichtestända das Erfüllungsortas	116
b) Gerichtsstände des Erfüllungsortes	126
d) Varsicharungsvarträge	
d) Versicherungsverträge ————————————————————————————————————	130
	132
4. Gerichtsstände der unerlaubten Handlung	133
	135
b) Tatort	136
	139
d) Schadensort	
e) Kognitionsbefugnis	141
f) Immaterialgüterrechte	142
5. Gerichtsstände der Belegenheit	143
6. Weitere besondere Gerichtsstände	148
a) Gerichtsstand der Niederlassung	148
b) Gerichtsstände des Gesellschaftsrechts	149
c) Gerichtsstände des Zwangsvollstreckungsrechts	150
7. Der Vermögensgerichtsstand	150
8. Mahnverfahren	155
a) Autonomes deutsches Mahnverfahren	155
b) Europäisches Mahnverfahren	156
9. Europäisches Bagatellverfahren	158
III. Sachzusammenhang als Zuständigkeitsgrund	159
1. Überblick	159
2. Objektive Klagenhäufung	160
3. Annexzuständigkeit	160
4 Anspruchsgrundlagenkonkurrenz	161

5. Erweiterungen des Prozessstoffs	162
a) Zwischenfeststellungsklage	162
b) Widerklage	162
c) Aufrechnung	163
d) Zurückbehaltungsrechte	165
6. Streitgenossen	165
7. Drittklagen und Streitverkündung	168
IV. Familien- und erbrechtliche Verfahren	171
1. Ehesachen	172
a) EuEheVO	172
b) § 98 FamFG	173
2. Verbundszuständigkeit	174
3. Unterhaltssachen	175
4. Kindschaftssachen	177
5. Güterrechtssachen	178
6. Lebenspartnerschaftssachen	179
7. Betreuungssachen	179
8. Erbsachen	179
V. Prozessuale Behandlung	181
1. Prüfung der inte <mark>rn</mark> ationalen Zus <mark>tä</mark> ndigkeit <mark></mark>	181
2. Perpetuatio fori	184
3. Negativer Kompetenzkonflikt	185
Perpetuatio fori Negativer Kompetenzkonflikt VI. Rechtsvergleichung	188
VII. Einstweiliger Rechtsschutz	192
VII. Einstweiliger Rechtsschutz 1. Grundlagen ————————————————————————————————————	194
2. Autonomes deutsches Recht	194
3. Europäisches Recht	197
4. Rechtsvergleichung	199
5. Beweissicherungsverfahren	200
§ 9. Gerichtsstandsvereinbarungen	
I. Grundlagen	202
II. Autonomes deutsches Recht	204
1. Prorogation	204
a) Voraussetzungen lege fori	204
b) Zustandekommen der Vereinbarung	206
2. Derogation	207
3. Auslegung	211
III. Europäisches Recht	213
1. Anwendungsbereich	214
2. Inhalt	215
IV. Rechtsvergleichung	218
V. Rügelose Einlassung	220
1. Autonomes deutsches Recht	220
2. Europäisches Recht	221
§ 10. Versagung internationaler Zuständigkeit	
I. Zuständigkeitserschleichung	222
1. Zustantigettischschlichtung	444

II. Forum non conveniens	
	224
1. Herkunft und Inhalt der Lehre	224
2. Anwendung im deutschen Recht?	226
III. Wesenseigene Unzuständigkeit	228
§ 11. Streitgegenstandsbezogene Prozessvoraussetzungen	
I. Überblick	231
II. Rechtsschutzbedürfnis	232
III. Klagbarkeit	233
IV. Verjährung	234
V. Klagearten und Klageantrag	235
§ 12. Ausländer als Verfahrensbeteiligte	
I. Parteifähigkeit	236
II. Prozessfähigkeit	239
III. Postulationsfähigkeit	240
IV. Prozessvollmacht	243
V. Prozessstandschaft	243
1. Parteien kraft Amtes	244
2. Gesetzliche Prozessstandschaft	244
3. Gewillkürte Proz <mark>es</mark> sstandschaft	246
VI. Prozesskostensicherheit	248
VII. Prozesskostenhilfe für Ausländer VIII. Sprachprobleme	250
VIII. Sprachprobleme	251
IX. Kosten und Kostenerstattung	254
§ 13. Zustellungen DIE FACHBUCHHANDL	OIA
I. Bedeutung der Zustellung	258
1. Begriff und Anwendungsbereich	258
2. Zweck der Zustellung	258 259
Zweck der Zustellung Zustellung als Hoheitsakt	259 260
Zweck der Zustellung Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen	259 260 262
Zweck der Zustellung Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen Öffentliche Zustellung	259 260 262 262
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet	259 260 262 262 263
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten	259 260 262 262 263 263
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe	259 260 262 262 263 263 265
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr	259 260 262 262 263 263 265 265
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr	259 260 262 262 263 263 265 265 265
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege	259 260 262 262 263 263 265 265 265
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965	259 260 262 262 263 263 265 265 265 265 266
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung	259 260 262 262 263 263 265 265 265 266 270
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern	259 260 262 262 263 263 265 265 265 265 266
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern	259 260 262 263 263 265 265 265 265 266 270 272
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern § 14. Ausländisches Recht im Prozess I. Ermittlungspflicht des Gerichts	259 260 262 262 263 263 265 265 265 266 270 272
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern § 14. Ausländisches Recht im Prozess I. Ermittlungswege	259 260 262 262 263 263 265 265 265 266 270 272
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern § 14. Ausländisches Recht im Prozess I. Ermittlungswege III. Nichtfeststellbarkeit des ausländischen Rechts	259 260 262 262 263 263 265 265 265 266 270 272
2. Zweck der Zustellung 3. Zustellung als Hoheitsakt II. Nationale Lösungen 1. Öffentliche Zustellung 2. Remise au parquet 3. Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten III. Zustellungen im Wege der Rechtshilfe 1. Vertragloser Rechtshilfeverkehr 2. Vertraglicher Rechtshilfeverkehr a) Übermittlungswege b) Das Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 c) Die Europäische Zustellungsverordnung IV. Heilung von Zustellungsfehlern § 14. Ausländisches Recht im Prozess I. Ermittlungswege	259 260 262 262 263 263 265 265 265 266 270 272

§ 15. Beweisrecht	
I. Überblick	288
II. Beweisgegenstand	289
1. Beweisbedürftigkeit	289
2. Vermutungen	290
a) Gesetzliche Vermutungen	290
b) Tatsächliche Vermutungen	291
3. Beweisthemenverbote	292
III. Beweislast	293
1. Objektive Beweislast	293
2. Beweisführungslast	294
IV. Beweismittel	295
1. Zulässige Beweismittel	295
Zulassige beweismittet Beweismittelbeschränkungen	296
3. Zeugnisverweigerungsrechte	298
V. Beweiswürdigung und Beweismaß	300
	300
1. Freie Beweiswürdigung	300
Beweiskraft ausländischer Urkunden	
	302
a) Öffentliche und private Urkunden	302
b) Feststellung der Echtheit	304
VI. Beweisaufnahme	306
1. Reichweite der Gerichtsgewalt	307
2. Beweisaufnahmen im Wege der Rechtshilfe	310
a) Die Europäische Beweisaufnahmeverordnung	310
b) Vertragloser Rechtshilfeverkehr	310
c) Das Haager Beweisaufnahmeübereinkommen von 1970	312
3. Der Justizkonflikt zwischen den USA und Europa	315
§ 16. Wirkung ausländischer Verfahren	
I. Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit	319
1. Grundlagen	321
2. Voraussetzungen	322
a) Autonomes deutsches Recht	322
b) Europäisches Recht	325
3. Prozessuale Behandlung	328
II. Konnexe Verfahren	329
III. Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Prozesse	330
221 TO TOTAL MANAGEMENT SEGON WASHINGTON TO TO TOTAL SEGON S	
4. Teil. Anerkennung und Vollstreckung	
§ 17. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	
I. Grundlagen	335
Anerkennungsfähige Urteilswirkungen	336
2. Anerkennungsinteressen	339
3. Urteilsanerkennung als Wirkungserstreckung und Gleichstellung	340

II. Rechtsquellen	343
1. Staatsverträge	343
a) Europäisches Recht	343
b) Andere multilaterale Übereinkommen	343
c) Bilaterale Abkommen	344
2. Autonomes deutsches Recht	345
3. Konkurrenzen	346
III. Anerkennungsvoraussetzungen	346
1. Anerkennungsfähige Entscheidungen	346
a) Entscheidungen ausländischer Gerichte	346
b) Notarielle Urkunden und Prozessvergleiche	350
c) Einstweilige Maßnahmen	
2. Gerichtsgewalt und Anerkennungszuständigkeit	
3. Rechtliches Gehör	357
4. Unvereinbare Entscheidungen	361
5. Ordre public	363
6. Verbürgung der Gegenseitigkeit	370
IV. Verfahren	372
1. Automatische Anerkennung	372
2. Selbstständige Klagen	374
a) Feststellungsklage	
b) Erneute Leistungsklage	375
b) Erneute Leistungsklage	375
a) Autonomes deutsches Recht	
b) Art. 21 ff. EuEheVOAl	379
V. Rechtsvergleichung	380
VI. Grenzen der Rechtskraft	385
Objektive Grenzen der Rechtskraft	386
Subjektive Grenzen der Rechtskraft	387
3. Streitverkündung und ähnliche Rechtsinstitute	388
4. Rechtskraft und lex causae	
1. Teerisatut uita tea euroue	570
§ 18. Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel	
I. Grundlagen	391
	394
II. Vollstreckungsklage	
III. Vereinfachte Verfahren	396
IV. Europäischer Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen	
V. Verzicht auf das Exequaturverfahren in der EuGVO 2012	402
§ 19. Zwangsvollstreckung	
I. Vollstreckung von Zahlungsurteilen	405
1. Vollstreckung von Zahlungsurtenen	405
Volstreckung in Maila 2. Vollstreckung im Ausland	407
II. Vollstreckung anderer Leistungsurteile	407
Vonstreckung anderer beistungstreite Herausgabeurteile	408
2. Urteile auf Vornahme einer Handlung	408
3. Unterlassungsurteile	410
5. Ontenassungsurene	710

III. Zwangsvollstreckung in Geldforderungen	411
1. Forderungspfändung	411
2. Vorläufige Kontenpfändung	413
IV. Rechtsbehelfe im Zwangsvollstreckungsverfahren	414
§ 20. Gläubigeranfechtung	415
§ 21. Abänderung ausländischer Entscheidungen	
I. Grundlagen	418
II. Abänderbarkeit ausländischer Entscheidungen	419
III. Abänderungsvoraussetzungen	420
IV. Durchführung der Abänderung	422
1. Anwendbares Recht	422
2. Verfahren	422
§ 22. Auswirkungen verweigerter Urteilsanerkennung	
I. Teilanerkennung	423
II. Nichtanerkennung	424
5. Teil. Insolvenzrecht	
§ 23. Grundlagen	
	428
I. Gesamtvollstreckung als Privatrecht II. Universalitätsprinzip	429
III. Einheit oder Mehrheit von Verfahren	430
IV. Rechtsquellen	431
1. Deutsches Recht	431
2. Europäisches Recht	432
3. Staatsverträge	435
· ·	133
§ 24. Deutsche Insolvenzverfahren	
I. Internationale Zuständigkeit	436
1. Hauptinsolvenzverfahren	436
2. Sonderinsolvenzverfahren	439
II. Eröffnung des Verfahrens	440
1. Insolvenzfähigkeit	441
2. Antragsbefugnis	441
3. Eröffnungsgründe	441
III. Auslandsbezogene Wirkungen der Verfahrenseröffnung	442
1. Beschlagnahme	442
2. Befugnisse des Insolvenzverwalters	443
3. Mitwirkungspflichten des Schuldners	444
4. Mitwirkung der Gläubiger	444
IV. Aktiv- und Passivprozesse des Insolvenzverwalters	445
§ 25. Anwendbares Recht	
I. Insolvenzstatut	447
1. Grundsatz	447

	2. Reichweite	448
	3. Sonderanknüpfungen	448
II.	Vertragsverhältnisse	449
	1. Abwicklung schwebender Geschäfte	449
	2. Arbeitsverhältnisse	45 0
	3. Erwerb, Miete und Pacht unbeweglicher Sachen	45 0
III.	Sicherungsrechte in der Insolvenz	45 0
	Aufrechnung in der Insolvenz	452
	Insolvenzanfechtung	453
	Restschuldbefreiung und Zwangsvergleich	455
§ 26. Anei	kennung ausländischer Insolvenzverfahren	
I.	Bedeutung	457
	1. Gegenstand der Anerkennung	457
	2. Wirkungserstreckung	458
II.	Anerkennungsvoraussetzungen	459
	1. Eröffnungsbeschluss	459
	2. Sonstige insolvenzrechtliche Entscheidungen	460
III.	Verfahren	461
IV.	Auswirkungen	461
	1. Beschlagnahme und Verfügungsbefugnis	461
	2. Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	462
	3. Unterbrechung inländischer Zivilprozesse	463
V.	Rechtsvergleichung	464
	Rechtsvergleichung derinsolvenzverfahren im Inland ACHBUCHHANDL	JIN
	Arten	467
	Funktion von Sonderinsolvenzverfahren	468
	Verfahrenskooperation	470
IV.	Anerkennung	471
	6. Teil. Schiedsgerichtsbarkeit	
§ 28. Grui	ndlagen	
I.	Begriff und Abgrenzung zu anderen Verfahren	473
	1. Schlichtungsverfahren (Mediation)	474
	2. Schiedsgutachten	476
	3. Verbandsgerichtsbarkeit	477
II.	Privatisierung der Justizgewährung	478
	1. Vorteile	479
	2. Nachteile	480
	Rechtfertigung und Grenzen der Schiedsgerichtsbarkeit	481
	Die Rolle der staatlichen Gerichte	483
V.	Rechtsquellen	484
	1. Staatsverträge	484
	2. Europäisches Recht	486
	3. UNCITRAL Modellgesetz	487
	4. Autonomes deutsches Recht	488

VI. Arten von Schiedsgerichten	489	
1. Ad hoc-Schiedsgerichte		
2. Institutionelle Schiedsgerichte	489	
§ 29. Schiedsvereinbarung		
I. Rechtsnatur und Inhalt	492	
II. Objektive Schiedsfähigkeit		
1. Grenzen der Parteiautonomie		
2. Anwendbares Recht		
III. Subjektive Schiedsfähigkeit		
IV. Zustandekommen der Schiedsvereinbarung		
1. Anwendbares Recht		
2. Materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen		
3. Form		
V. Reichweite		
1. Sachliche Reichweite		
2. Persönliche Reichweite		
VI. Durchsetzung		
1. Anträge zur Durchführung der Schiedsvereinbarung		
2. Einrede des Schiedsvertrags		
3. Rüge der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts		
4. Kompetenz-KompetenzVII. Erlöschen der Schiedsvereinbarung	505	
	505	
§ 30. Bildung des Schiedsgerichts FACHBUCHHAND	LUN	
I. Bestellung und Ablehnung von Schiedsrichtern	506	
II. Schiedsrichtervertrag	508	
1. Rechtsnatur	508	
2. Anwendbares Recht	508	
3. Pflichten und Haftung der Schiedsrichter	509	
4. Vergütung	509	
5. Vertragsbeendigung	509	
III. Schiedsorganisationsvertrag	510	
\$ 21 Durah Ciharung das Sahia dayan Charans		
§ 31. Durchführung des Schiedsverfahrens	5 40	
I. Anwendbares Verfahrensrecht		
II. Grundzüge des Verfahrens		
III. Beweisaufnahme		
IV. Einstweiliger Rechtsschutz		
V. Anwendbares materielles Recht	516	
VI. Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens		
§ 32. Schiedsspruch	519	
	519	
I. Erlass und Inhalt		
I. Erlass und Inhalt	521	
	521 521	
1. Verfahrensbeendigung	521 521 522	

II. Rechtskraft	523
III. Aufhebungsantrag	524
1. Staatliche Kontrolle	524
2. Aufhebungsgründe	525
3. Verfahren	526
IV. Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche	526
1. Vollstreckungstitel	526
2. Verfahren	527
§ 33. Anerkennung ausländischer Schiedssprüche	
I. Grundlagen	528
1. Einheitliches Anerkennungsregime	528
2. Ausländische Schiedssprüche	528
3. "Anerkennung" von Schiedssprüchen	529
4. Kein Doppelexequatur	529
II. Anerkennungsvoraussetzungen	531
1. Verbindlicher Schiedsspruch	531
2. Wirksame Schiedsvereinbarung	532
3. Rechtliches Gehör und Verfahrensfehler	533
4. Ordre public	534
5. Darlegungs- und Beweislast	535
III. Vollstreckbarerklärung	535
III. Vollstreckbarerklärung	535
2. Verfahren	536
3. Materiellrechtliche Einwendungen	537
IV. Im Ursprungsstaat aufgehobene Schiedssprüche	537
V. Rechtsvergleichung	539
Gesetzesregister	545
Entscheidungsregister	575
Sachverzeichnis	627

